



**öffentliches Protokoll der 14.
Sitzung des
Studierendenrates
am 10.03.2020**

Studierendenrat

Vorstand

Gloria Holfert
Jonathan Schäfer
Elisabeth Zettel

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Telefon: 0 36 41 · 9 400 990
Telefax: 0 36 41 · 9 400 993
vorstand@stura.uni-jena.de

anwesende MdStuRa: Nena Bennewitz, Jil Diercks, Isabel Heide, Deborah Heiden, Gloria Holfert, Kai Hölzen, Marcel Horstmann, Leah Kanthack, Jens Ulrich Lagemann, Markus Leipe, Julika Loos, Klara Morfeld, Marcel Julian Paul, Florian Rappen, Laura Steinbrück, Laura Strohschneider, Johann Ulrich, Tim Wenzel, Markus Wolf, Elisabeth Zettel, Jan Henning Ziegner
entschuldigter MdStuRa: Selina Dürrbeck, Jessica Dagmar Herrmann, Jonathan Luiz Schäfer, Bastian Schiweck, Scania Steger, Rosa Velten
ruhende Mandate: Marcus D.D. Đào, Benedikt Friedl, Friedrich Gallon, Morris Scheithauer, Gero Reich
unentschuldigter MdStuRa: Margarita Kravchenko
beratende Mitglieder: Jil Diercks, Marcel Horstmann, Samuel Ritzkowski, Jonas Schink
Gäste: Sonja Garan, Katharina Regneri
Sitzungsleitung: Gloria Holfert
Protokoll: Elisabeth Zettel
Sitzungsort: SR 307

[Das zu dem Protokoll gehörende öffentliche Sitzungsmaterial der vierzehnten Sitzung am 10.03.2020](#)

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18:23 Uhr.

NEU 01 ALT 01 Formell Berichte Sitzungsleitung

Jil:

- Lehramtsreferat Plant STET schon am 5.10. zu beginnen, Frage, ob jemand vom StuRa die Begrüßung machen möchte?
- Marcel J.P. bietet sich an

Vorstandsberichte (Elisabeth Zettel):

- Referate & AKS-Treffen am 7. April, 18 Uhr im SR 125, Einladung ging per Mail raus
- Wahlamt will bis Ende März Mitteilung darüber, ob wir uns an Uni-Gremienwahlen (online) beteiligen
- Markus W.: Muss auf Vorschlag des Wahlvorstandes passieren
- Marcel H.: notfalls per Umlaufbeschluss, wenn dringend?
- Markus W.: Hat Wahlvorstand schon getagt?
- Elisabeth: erste Sitzung glaube ich gestern? Wahlvorstand wurde über die Frist informiert
- Sonja: fragt nach dem Stand bei TV-L Umstellung?
- Elisabeth: Vorstand hat Mail vom Personaldezernat bekommen mit einer Auflistung, welche Unterlagen zur Berechnung nötig sind, weiteres dazu auf Versammlung mit Personal & ehem. Personal nächste Woche

**NEU 02 ALT 02 Formell Feststellung der Beschlussfähigkeit & Sitzungsleitung
Beschluss der Tagesordnung**

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Von **33** gewählten MdStuRa haben **5** MdStuRa ein **ruhendes Mandat**.
Von den **28** stimmberechtigten MdStuRa sind 15 anwesend. Damit ist das Gremium **beschlussfähig**.

Eine **2/3 Mehrheit** ist gegeben ab **19 Jas**.

Beschluss der Tagesordnung:

Vorläufige Tagesordnung

TOP Nr. Art Titel Antragstellende

TOP 01	Formal	Berichte	Sitzungsleitung
TOP 02	Formal	Feststellung der Beschlussfähigkeit & Beschluss der Tagesordnung	Sitzungsleitung
TOP 03	Diskussion & Beschluss	Wahl Kulturreferat	Vorstand
TOP 04	Diskussion & Beschluss	Gegen rechte Männerbünde	Elisabeth Zettel, Jan Ziegner, Isabel Heide, Jonas Schink
TOP 05	4. Lesung & Beschluss	Änderung der Satzung	Maximilian Weber
TOP 06	2. Lesung	Änderung der Geschäftsordnung	Marcel Horstmann
TOP 07	Diskussion	Reflexion der letzten Sitzung	Markus Wolf
TOP 08	Diskussion & Beschluss	Beutelsbacher Konsens	Kai Hölzen
TOP 09	Diskussion & Beschluss	Personalangelegenheit**	Vorstand
TOP 10	Formal	Sonstiges	Sitzungsleitung

* Für diesen TOP ist der Studierendenrat nach § 24 Absatz 2 der Satzung der Verfassten Studierendenschaft auch dann beschlussfähig, wenn weniger als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

** Dieser TOP kann unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden.

Protokoll:

Änderungsanträge:

Marcel H.: TOP Alt 06 streichen, letzte Sitzung wurde Nichtbefassung entschieden

Elisabeth: Antrag von Jonas und ihr (Referat GegruMe und Gleichstellung) auf NEU TOP 06

Beschlossene Tagesordnung

TOP Nr.	TOP Nr.	Art	Titel	Antragstellende
NEU 01	ALT 01	Formal	Berichte	Sitzungsleitung
NEU 02	ALT 02	Formal	Feststellung der Beschlussfähigkeit & Beschluss der Tagesordnung	Sitzungsleitung
NEU 03	ALT 03	Diskussion & Beschluss	Wahl Kulturreferat	Vorstand
NEU 04	ALT 04	Diskussion & Beschluss	Gegen rechte Männerbünde	Elisabeth Zettel, Jan Ziegner, Isabel Heide, Jonas Schink
NEU 05	ALT 05	4. Lesung & Beschluss	Änderung der Satzung	Maximilian Weber
NEU 06	ALT 06	Diskussion & Beschluss	Offener Brief OTZ	Jonas Schink, Elisabeth Zettel
NEU 07	ALT 07	Diskussion	Reflexion der letzten Sitzung	Markus Wolf
NEU 08	ALT 08	Diskussion & Beschluss	Beutelsbacher Konsens	Kai Hölzen
NEU 09	ALT 09	Diskussion & Beschluss	Personalangelegenheit**	Vorstand
NEU 10	ALT 10	Formal	Sonstiges	Sitzungsleitung

* Für diesen TOP ist der Studierendenrat nach § 24 Absatz 2 der Satzung der Verfassten Studierendenschaft auch dann beschlussfähig, wenn weniger als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

** Dieser TOP kann unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden.

Abstimmung über die Tagesordnung:

15/0/0 → angenommen

NEU 03 ALT 03 Diskussion & Wahl Kulturreferat Vorstand

Antragstext:

Es hat sich eine Person auf die Stelle der Kulturreferentin beworben.

Beschlusstext:

Der Studierendenrat wählt Katharina Regneri als Kulturreferentin.

Protokoll:**MPZK:**

Jonas Schink, Samuel Ritzkowski, Sonja Garan

Wahl Kulturreferentin Katharina Regneri:

14/1/0 → gewählt

Katharina nimmt die Wahl an**NEU 04 ALT 04 Diskussion & Beschluss Gegen rechte Männerbünde**

Elisabeth Zettel, Jan Ziegner, Isabell Heide, Jonas Schink (Referent GegrüMe)

Antragstext:

Uns erreichte ein Schreiben der Altherrenschaften der Jenaischen Burschenschaft (Germania, Teutonia und Arminia) bezüglich ihrer Stellung in der Stadt, mit der Aufforderung, uns dazu zu positionieren. Dem möchten wir gerne nachkommen.

In dem Schreiben ist die Rede von Brandanschlägen auf das Verbindungshaus der Arminia auf dem Burgkeller, den es nicht gab – es brannten Mülltonnen und PKWs. Die Stadt Jena, aus der der NSU stammte, als unsicheren Ort für Burschenschaften zu bezeichnen, von Gewaltspirale und Eskalation zu sprechen, während in Deutschland rechtsextreme Morde an der Tagesordnung sind, spricht für den politischen Fokus der Schreibenden. Die Aktivitas selbst schob die Verantwortung vorschnell und entgegen der Aussagen der Polizei den „Linksextremen“ zu.¹

Diese Burschenschaften sind für ihre Verbindungen ins rechte und rechtsextreme Milieu bekannt, veranstalten regelmäßig Veranstaltungen, zu denen AfD-Politiker (bspw. Anton Friesen, der den Klimawandel leugnet und die Ehe für alle für falsch hält, von der Burschenschaft Germania) eingeladen werden oder „Heldengedenken“ an Nationalsozialisten. Gleichzeitig mangelt es an kritischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von Seiten der Burschenschaften, die zum Erfolg des Nationalsozialismus beitrugen und die Machtergreifung 1933 begrüßten.

Dass gerade pflichtschlagende Burschenschaften mit Verbindungen ins rechtsextreme Milieu, die also zur Körperverletzung aufrufen und solche tolerieren, eine Verurteilung von Gewalt fordern, ist absurd und armselig. Hinzu kommt die elitäre, männerbündische und sexistische Struktur von Burschenschaften, die Diskriminierung befördern, sowie völkisches und nationalistisches Gedankengut. Dies sind Gründe, diese Gruppen auch weiterhin von Veranstaltungen wie dem Markt der Möglichkeiten auszuschließen, das hat mit Diskriminierung oder Verfolgung nichts zu tun.

Wer kein Wort zu rechtsextremen Mord- und Brandanschlägen verliert, sollte vorsichtig sein, mit Forderungen nach Zivilcourage und Solidarität, sobald sie selbst betroffen sind. Auch mit Repression hat das ganze nichts zu tun – diese wird durch Macht- & Herrschaftsapparate, den Staat also, ausgeübt und sicher nicht gegenüber Burschenschaften, sondern in erster Linie gegenüber Linken, Migrant*innen und Antifaschist*innen.

Beschlusstext:

Der Studierendenrat der FSU Jena verurteilt jede Form von körperlicher Gewalt, zu der auch die verpflichtende Mensur gehört. Außerdem stellen wir uns erneut gegen jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und völkischen Überzeugungen, die in besagten Burschenschaften toleriert und hofiert werden. Daher sollen insbesondere diese auch weiterhin aus studentischen Veranstaltungen wie dem Markt der Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben. Keinerlei Unterstützung, keinerlei Kooperation und keinerlei Toleranz für oder mit Burschenschaften!

Dieser Text soll als Pressemitteilung veröffentlicht werden.

Protokoll:**Änderungsanträge:****1. Antragstellerin: Elisabeth Zettel****Inhalt:**

- Ergänze den Antragstext im Beschlusstext am Anfang

- ändere: nach „Brandanschlägen“ ein „auch“ einfügen, „NSU“ zu ausgeschrieben: „Nationalsozialistischer Untergrund“ und „stammte“ zu „stammt“

→ von Antragsteller*innen übernommen

GO-Antrag Markus W.: Verlesen des 2. Änderungsantrags

GO-Antrag Markus W.: Sofortige Abstimmung über den 2. Änderungsantrag

2. Antragsteller: Markus Wolf

Inhalt: streiche „körperlicher“

Abstimmung über Änderungsantrag 2:

10/5/2 → angenommen

GO-Antrag Markus W.: sofortige Abstimmung

Abstimmung über den neuen Beschlusstext (Gegen rechte Männerbünde):

Uns erreichte ein Schreiben der Altherrenschaften der Jenaischen Burschenschaft (Germania, Teutonia und Arminia) bezüglich ihrer Stellung in der Stadt, mit der Aufforderung, uns dazu zu positionieren. Dem möchten wir gerne nachkommen.

In dem Schreiben ist die Rede von Brandanschlägen auch auf das Verbindungshaus der Arminia auf dem Burgkeller, den es nicht gab – es brannten Mülltonnen und PKWs. Die Stadt Jena, aus der der Nationalsozialistische Untergrund stammt, als unsicheren Ort für Burschenschaften zu bezeichnen, von Gewaltspirale und Eskalation zu sprechen, während in Deutschland rechtsextreme Morde an der Tagesordnung sind, spricht für den politischen Fokus der Schreibenden. Die Aktivitas selbst schob die Verantwortung vorschnell und entgegen der Aussagen der Polizei den „Linksextremen“ zu.

Diese Burschenschaften sind für ihre Verbindungen ins rechte und rechtsextreme Milieu bekannt, veranstalten regelmäßig Veranstaltungen, zu denen AfD-Politiker (bspw. Anton Friesen, der den Klimawandel leugnet und die Ehe für alle für falsch hält, von der Burschenschaft Germania) eingeladen werden oder „Heldengedenken“ an Nationalsozialisten. Gleichzeitig mangelt es an kritischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von Seiten der Burschenschaften, die zum Erfolg des Nationalsozialismus beitrugen und die Machtergreifung 1933 begrüßten.

Dass gerade pflichtschlagende Burschenschaften mit Verbindungen ins rechtsextreme Milieu, die also zur Körperverletzung aufrufen und solche tolerieren, eine Verurteilung von Gewalt fordern, ist absurd und armselig. Hinzu kommt die elitäre, männerbündische und sexistische Struktur von Burschenschaften, die Diskriminierung befördern, sowie völkisches und nationalistisches Gedankengut. Dies sind Gründe, diese Gruppen auch weiterhin von Veranstaltungen wie dem Markt der Möglichkeiten auszuschließen, das hat mit Diskriminierung oder Verfolgung nichts zu tun.

Wer kein Wort zu rechtsextremen Mord- und Brandanschlägen verliert, sollte vorsichtig sein, mit Forderungen nach Zivilcourage und Solidarität, sobald sie selbst betroffen sind. Auch mit Repression hat das ganze nichts zu tun – diese wird durch Macht- & Herrschaftsapparate, den Staat also, ausgeübt und sicher nicht gegenüber Burschenschaften, sondern in erster Linie gegenüber Linken, Migrant*innen und Antifaschist*innen.

Der Studierendenrat der FSU Jena verurteilt jede Form von Gewalt, zu der auch die verpflichtende Mensur gehört. Außerdem stellen wir uns erneut gegen jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und völkischen Überzeugungen, die in besagten Burschenschaften toleriert und hofiert werden. Daher sollen insbesondere diese auch weiterhin aus studentischen Veranstaltungen wie dem Markt der Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben. Keinerlei Unterstützung, keinerlei Kooperation und keinerlei Toleranz für oder mit Burschenschaften!

Der Studierendenrat der FSU Jena beschließt den obigen Beschlusstext als Pressemitteilung zu veröffentlichen.

15/2/0 → angenommen

NEU 05 ALT 05 4. Lesung & Beschluss Änderung der Satzung

Maximilian Weber

Antragstext:

Sehr geehrte Mitglieder des StuRa-Vorstandes,

Hiermit möchte ich folgende Satzungsänderungen beantragen, die Eingang in ein Satzungsänderungsverfahren im StuRa finden sollen. Grund dafür ist es, die Arbeit der Schiedskommission zu beschleunigen und lästige Fragen der Zuständigkeit sowie des Prüfungsmaßstabes aufzulösen. Als Student der Rechtswissenschaft finde ich die Probleme ohne Weiteres in den Sitzungen der Schiedskommission ohne Satzungsänderung lösbar, jedoch gerade den Nichtjuristen scheinen diese Satzungslücken größere Probleme zu bereiten.

I. Daher beantrage ich, den § 5 der Satzung der Verfassten Studierendenschaft wie folgt zu ändern:

§ 5 Organe

(1) Organe der Studierendenschaft sind:

1. die Studierendenschaft in Urabstimmung,
2. die Studierendenvollversammlung der Friedrich-Schiller-Universität,
3. der Studierendenrat,
4. die Fachschaftsversammlung FSR-Kom und
5. die Schiedskommission.

(2) Organe der Fachschaften sind:

1. die Fachschaftsräte und
2. die Fachschaftsvollversammlungen, sofern diese nach der jeweiligen Fachschaftsordnung gem. § 39 Abs. 3 dieser Satzung vorgesehen sind.

Begründung:

Durch die Aufnahme der Schiedskommission in Absatz 1 wird der Widerspruch zu § 33 Abs. 3 lit a beseitigt, wo die Schiedskommission als Ausnahme drin steht, aber eben nicht in § 5 benannt ist.

Durch die Aufnahme der Fachschaftsvollversammlungen wird klargestellt, dass diese auch Prüfungsgegenstand der Schiedskommission sein kann. Nach meiner Meinung wäre das nach jetziger Satzungslage auch der Fall mit folgender Begründung:

Wie bereits gerade erläutert ist der § 5 nicht abschließend, sodass der Verweis durch §§ 33 Abs. 3 lit a nicht alle Fälle der Zuständigkeit

umfasst. § 5 regelt des weiteren nur alle zwingend einzurichtenden Organe; die Fachschaftsvollversammlungen als fakultatives Organ gem. § 39 Abs. 3 wurden damit vergessen in den Prüfungsumfang des §§ 33 Abs. 3 lit a aufgenommen zu werden. Da für die Fachschaftsvollversammlungen die Regelungen der Studierendenvollversammlung gem. § 39 Abs. 8 gelten, somit die Fachschaftsvollversammlung eine Teilmenge der Studierendenvollversammlung bildet und die Schiedskommission Beschlüsse der Studierendenvollversammlung - also der Gesamtmenge - überprüfen darf, so muss die Schiedskommission erst recht die Beschlüsse der Teilmenge, sprich der Fachschaftsvollversammlung überprüfen dürfen (argumentum a maiore ad minus / Schluss vom Großen aufs Kleine).

II. Des Weiteren beantrage ich, den § 35 Abs. 3 um einen neuen zweiten Satz zu ergänzen und den jetzigen zweiten Satz in den dritten Satz umzubenennen.

Der Satz 2 soll so lauten:

Ergänzungsordnungen dieser Satzung sind insbesondere die Geschäftsordnungen gem. § 22, die Wahlordnung, die Finanzordnung gem. § 42 und die Fachschaftsordnungen gem. § 39.

Begründung:

Damit soll eindeutig klargestellt werden, dass der Prüfungsmaßstab nicht nur auf die Satzung beschränkt ist und die Satzungsgemäßheit in § 33 Abs. 3 lit a nicht nur auf die Prüfung der Satzung beschränkt ist.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die Beratungen dazu im StuRa schnellstmöglich aufgenommen werden.

Anmerkung durch den Vorstand:

Auf der Sitzung vom 14. Januar 2020 wurde der erste Teil des Beschlusstextes durch den Antragssteller ersatzlos gestrichen.

Beschlusstext:

Der Studierendenrat beschließt: § 35 Abs. 3 der Satzung der Verfassten Studierendenschaft zu:

„1 Basis der Entscheidungen sind diese Satzung und soweit zutreffend ihre Ergänzungsordnungen. 2 Ergänzungsordnungen dieser Satzung sind insbesondere die Geschäftsordnungen gem. § 22, die Wahlordnung, die Finanzordnung gem. § 42 und die Fachschaftsordnungen gem. § 39. 3 Eine Prüfung über diesen Rahmen hinaus obliegt der Rechtsaufsicht und kann nur im Sinne des § 34 Abs. 3 erfolgen.“

zu ändern.

Protokoll:

GO-Antrag Marcel H.: Vertagung, da wir keine Satzungsänderung beschließen können

→ vertagt

NEU 06 ALT 06 Diskussion & Beschluss Offener Brief an die OTZ

Jonas Schink, Elisabeth Zettel

Antragstext:

s. Beschlusstext

Beschlusstext:

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Dieser findet nun seit mehr als 100 Jahren statt. Noch immer gehen weltweit Frauen, Lesben, Inter-, Non-Binary- und Transpersonen (FLINT) für mehr Gleichberechtigung und gegen Unterdrückung und patriarchale Gewalt auf die Straße. Übergriffe gegen FLINT-Personen finden täglich statt, in allen Schichten der Gesellschaft und in allen Lebensbereichen. Auch an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ist es in der Vergangenheit zu Fällen von sexualisierter Gewalt gekommen. Als Vertretung aller Studierenden der FSU Jena solidarisieren wir uns mit den Betroffenen und verurteilen jedwede Form von Misogynie und Sexismus!

Im Jahr 2018 kam es allein in Deutschland zu 324 Mordversuchen von männlichen Personen an ihren Partnerinnen. Davon starben 118 Frauen. „Von den im Jahr 2018 unter Mord und Totschlag, Körperverletzungen, sexueller Übergriff, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, Bedrohung, Stalking Nötigung, Freiheitsberaubung, Zuhälterei und Zwangsprostitution insgesamt erfassten 140.755 Opfern vollendeter und versuchter Delikte der Partnerschaftsgewalt waren 114.393 (81,3%) Personen weiblichen und 26.362 (18,7%) Personen männlichen Geschlechts.“

Anhand der alltäglichen Bedrohung von FLINT-Personen und der systematischen, patriarchalen Unterdrückung, sowohl in Arbeitswelt, Freizeit, Familie und eben auch im Kontext von Universitäten, ist es auch heute noch wichtig, dass wir uns gegen jede Form von Misogynie, Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie wehren und betroffene Personen nicht alleine lassen!

Angesichts dieser Tatsachen ist es umso erschreckender, dass der Chef des Regionaldesk Ost II der OTZ-Jena, Lutz Prager, an eben jenem 8. März auf Facebook den Parolen-Zettel der Frauenkampftag Demonstration in Jena mit den Worten "Die haben bestimmt keinen abgekriegt..." kommentiert und behauptet er dürfe dies sagen, da er ja fast 60 sei.

Dieser unfassbar chauvinistische, arrogante und zutiefst sexistische Kommentar und seine Reaktion auf die darauffolgende Kritik zeigen eindeutig, was für ein überzeugter Sexist Lutz Prager ist. Wie gefährlich solch eine frauenverachtende Einstellung in dieser Position ist sollte jeder Person klar sein und so musste es auch Prager klar sein, als er sich öffentlich als Sexist und Chauvinist äußerte.

Dieser unfassbare Kommentar eines so einflussreichen Mannes gegenüber den Forderungen nach Selbstbestimmtheit und gegen Unterdrückung von FLINT-Personen zeigt erneut, wie wichtig genau solche feministischen Veranstaltungen sind und wie tief Sexismus und Misogynie in unserer Gesellschaft verankert sind. Wir fordern umgehend eine öffentliche Entschuldigung von Lutz Prager und eine Stellungnahme der Ost-Thüringer-Zeitung zu den Äußerungen, um ein klares Zeichen gegen Misogynie und Sexismus zu setzen!

Protokoll:

Änderungsantrag

Antragsteller*innen: Elisabeth Zettel, Jonas Schink

Inhalt: Ergänze: Der Studierendenrat beschließt folgenden offenen Brief:

→ von Antragsteller*innen übernommen

GO-Antrag Markus W.: sofortige Abstimmung

Gegenrede Jonas: würde Markus letzten Redebeitrag gerne noch kommentieren, der schwierig war

Fürrede Florian: Die Sache ist klar, weitere Diskussion bringt uns nicht vorwärts, Ergebnis wird das gleiche sein

6/9/1 → abgelehnt

GO-Antrag Nena: sofortige Abstimmung

Abstimmung über den offenen Brief an die OTZ:

12/1/6 → angenommen

NEU 07 ALT 07 Diskussion

Reflexion letzte Sitzung

Markus Wolf

Wie auf der vorletzten Sitzung besprochen, möchte ich den MdStura die Möglichkeit einräumen die letzte Sitzung zu reflektieren.

Ich bitte darum den TOP direkt an den Anfang zu positionieren.

Protokoll:

→ beendet

NEU 08 ALT 08 Diskussion & Beschluss Beutelsbacher Konsens

Kai Hölzen

Antragstext:

Der Stura hat sich in letzter Zeit immer häufiger zu allgemeinpolitischen Themen geäußert und dies mit der im ThürHG unter §80 Abs. 1 Punkt 4 festgeschriebenen Aufgabe der „Förderung der politischen Bildung“ gegenüber den Studierenden begründet. Der Begriff der politischen Bildung ist allerdings ein sehr schwammiger. Die Grundlagen und Zielsetzungen der politischen Bildung wurden schon in den 70er Jahren unter Fachleuten diskutiert und 1976 auf einer Tagung schließlich der sogenannte Beutelsbacher Konsens formuliert. Er benennt zentrale Grundsätze der politischen Bildung, die so heute auch von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannt werden und unter anderem Anwendung an Schulen finden. Daher würde ich den Beutelsbacher Konsens auch als Grundlage für die Arbeit des Stura bei Themen, die unter den Aufgabenbereich der politischen Bildung fallen und den Bereich der Hochschulpolitik verlassen, vorschlagen.

Mir ist dabei bewusst, dass beim Beutelsbacher Konsens von einem Lehrer-Schüler Verhältnis ausgegangen wird, welches so bei uns nicht vorliegt. Da wir allerdings Veranstaltungen mit dem Ziel der politischen Bildung für Studierende organisieren und uns auch zu allgemeinpolitischen Dingen äußern halte ich ihn trotzdem für sinnvoll sowie durch und auf uns anwendbar.

Der Beutelsbacher Konsens im Wortlaut:

I. Überwältigungsverbot.

Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der "Gewinnung eines selbständigen Urteils" zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der - rundum akzeptierten - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich - etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer - erhobene Vorwurf einer "Rückkehr zur Formalität", um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.

Für weitere Informationen und Erläuterungen siehe auch:

<https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

<http://www.gesellschaft-zeitgeschichte.de/stasi-u-haft/bildungsarbeit/beutelsbacher-konsens/>

Beschlusstext:

Der Stura beschließt bei Aktivitäten, die unter den Aufgabenbereich der politischen Bildung fallen, den Beutelsbacher Konsens zu beachten.

Protokoll:

GO-Antrag Marcel H.: sofortige Abstimmung

Gegenrede Gloria: weitere Debatte wichtig

Fürrede Isabel: hier passiert keine Debatte, sondern es wird nur Kritik formuliert

13/2/5 → angenommen

Abstimmung über den Beutelsbacher Konsens:

5/12/3 → abgelehnt

Ausschluss der Öffentlichkeit durch die Sitzungsleitung um 20:32 Uhr

NEU 09 ALT 09 Diskussion & Beschluss Personalangelegenheit** Vorstand

Protokoll:

Wiederherstellung der Öffentlichkeit um 21:25 Uhr

GO-Antrag Markus W.: vertagen auf die nächste Sitzung

→ vertagt

NEU 10 ALT 10 Formal Sonstiges Sitzungsleitung

Protokoll:

- Marcel H.: fragt Markus L. Nach Bericht von der fzs MV
- Markus L. Setzt ein Dokument auf mit Bericht, den er rumschicken wird vor der nächsten Sitzung, grundsätzlich dysfunktionale Sitzung und MV als schwieriges Organ, viele engagierte Menschen, deren Kapazitäten verschwendet wurden. Fazit: will Fördermitgliedschaft vorschlagen, aus finanziellen Gründen: 20% Gema-Rabatt, und es gibt gute Arbeit dort (nicht alles, daher keine Vollmitgliedschaft), dem StuRa täte es gut, sich in den Strukturen einzubringen, wäre ein längerfristiger Prozess. Bamberger Brücken sind sehr schön.
- Marcel H.: Bleibt es dabei, dass wir zur nächsten Sitzung 2 Vorstände weniger haben?
- Gloria: an dem Vorhaben hat sich nichts geändert, gleichzeitig zurücktreten wäre wohl schwierig
- Elisabeth: Vorhaben bleibt, Frist zur Neuwahl von Vorständen sind 2 Wochen, solange sind wir kommissarisch im Amt und können auch einladen, Rücktritt zur nächsten Sitzung & TOP zur Neuwahl Vorstand geplant.
- Markus W.: gibt es schon Interessierte? Wenn nicht jetzt dann per Mail nachfragen. Ob Vorstand auch arbeitsfähig ist, wenn 2 gleichzeitig zurücktreten ist fraglich.
- Jil: Will Gloria auch zur nächsten Sitzung zurücktreten? Ansonsten ist gleichzeitiges Zurücktreten ja eh hinfällig.
- Gloria: ja, aber 2 Wochen mehr wären nicht so das Problem.
- Nena: Gibt es weitere Interessierte außer Scania für Elisabeth?
- Jil: könnte sich das eventuell vorstellen

→ beendet

Die Sitzungsleitung schließt den Tagesordnungspunkt und damit die Sitzung um 21:36 Uhr.

Protokoll: Elisabeth Zettel

Sitzungsleitung: Gloria Holfert

